

Pöfener Zeitung.

Siebenundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 911.

Mittwoch, 30. Dezember

(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

Telegraphische Nachrichten.

Königsberg i. Pr., 29. Dezbr. Bei der heute Nachmittag stattgehabten Wahl eines Oberbürgermeisters der Stadt Königsberg wurde der Oberbürgermeister Seife in Elbing mit 55 von 90 Stimmen gewählt. Die übrigen (35) Stimmen fielen auf den Regierungsrath Mar. Klowecki von hier.

Riel, 29. Dezbr. Der tiefer Hafen ist mit Eis belegt. Der Postdampfer „Holland“ wird heute Nachmittag noch nach Korsör abgehen und ist damit die Postdampfschiffahrt auf der Linie Riel-Korsör vorläufig geschlossen.

Hannover, 29. Dezember. Nach dem nunmehr vorliegenden Resultat der gestrigen Ersatzwahl zum Abgeordnetenhaus für den 9. hannoverschen Wahlkreis Ehrenburg-Diepholz wurden für den gewählten Kandidaten der nationalliberalen Partei Rechtsanwalt Dr. Plate zu Iicholz, 86 Stimmen abgegeben. Der freikonservative Gegenkandidat, Kreishauptmann Denike in Diepholz, erhielt 77 Stimmen.

Strasburg, 29. Dezbr. Gutem Vernehmen nach ist, soweit bis jetzt feststeht, das Zusammentreten der Bezirkstage behufs Wahl des Landesauschusses für den 11. Januar in Aussicht genommen.

Fürst Bismarck über die Papstwahl.

Der bereits telegraphisch signalisirte Artikel des „Staats-Anzeiger“ lautet wie folgt:

Die ungewöhnlichen Umstände, durch welche die gerichtliche Verfolgung des Geheimen Rathes Grafen von Arnim herbeigeführt wurde, haben diplomatische Aufmerksamkeit an die Öffentlichkeit gebracht, welche zu strenger Geheimhaltung bestimmt waren. Für die Zulassung der öffentlichen Verhandlung über dieselben war unter andern die Erwägung maßgebend, daß die Hand, welche sie dem Archiv entzogen, vornehmlich flüchtige und willkürlich daraus mittheilen und bekannt machen würde, wogegen die volle und ganze Randwerdung allerdings zu andern aber zu minder schwer wiegenden Bedenken Anlaß bot.

Die Richtigkeit dieser Auffassung findet schon jetzt bezüglich der veröffentlichten Akten ihre Bestätigung. Das königliche Stadgericht zu Berlin hat bekanntlich eine Reihe von Dokumenten ausgeschrieben und der Öffentlichkeit vorenthalten, weil nach Ansicht des Gerichtshofes von dem Bekanntwerden derselben eine Gefährdung des Friedens zu befürchten sei. Diese Zurückhaltung und deren Beweggrund demnach von einer mehr und mehr um sich greifenden Verdächtigung als Anhalt.

Mit Recht hat das Stadgericht jene Aktenstücke kirchenpolitischen Inhalts zurückgehalten. Denn mit wenig Ausnahmen handelt es sich dabei nicht um unser, sondern um fremdes Amtsgeheimniß. Dem Inhalte nach hat nichts davon das Licht des Tages zu scheuen. Wenn aber fast alle auswärtigen Regierungen in Folge dieser Ansetzung und in dem bisher nie getauften Vertrauen auf deutsche Diskretion sich in Betreff eines bedeutungsvollen Gegenstandes geäußert haben, wenn hervorragende Staatsmänner des Auslands aus ihrer berechtigten Zurückhaltung ebenso vertrauensvoll heraustraten, dann wird die Rückhalt diplomatischen Verschwiegenheit unumgänglich.

Unzweifelhaft muß der Kredit der Regierung, da eine jede für das Verhalten ihrer Organe verantwortlich ist, darunter leiden, daß einer ihrer vornehmsten Funktionen vertrauliche Äußerungen fremder Kabinette und Diplomaten, die ihm durch seine Regierung zu seiner amtlichen Information zugänglich gemacht worden, im Reichsoffizier mit sich im Lande umherführen, allen Gasthofschancen aussetzen, oder solche Aktenstücke gelegentlich einem Advokaten zur Bestellung an einen Unterdrückungsrichter mit auf den Weg geben konnte! Den fremden Kabinetten gegenüber bafst die deutsche Regierung auch für den Mißbrauch, der nach bisherigen Erfahrungen zu urtheilen, mit zurückgehaltenen Abschriften der konfidentiellen Mittheilungen derselben getrieben werden kann.

Die Regierung selbst kann sich keinesfalls ermächtigt halten, vertrauliche oder geheime Mittheilungen anderer Regierungen der Öffentlichkeit zu übergeben, wenn sie auch die Verantwortung dafür zu tragen hat, daß sie einen taieitlichen Votschaster in solche geheime Mittheilungen im Interesse des Dienstes glauben einweisen zu können. Soweit es sich um das Intimste, daß nur Deutschland angeht, handelt, kann Alles an das Licht gezogen werden, ohne unsere auswärtigen Beziehungen zu schädigen, geschweige denn den Frieden zu gefährden. Die Basis zu dem ganzen der Öffentlichkeit vorenthaltenen Rätsel bildet eine Enkeltardepesche des Reichskanzlers vom 14. Mai 1872, die künftige Papstwahl betreffend; an sie schlossen sich die Rückäußerungen fast sämtlicher anderer Regierungen, die dem Votschaster in Paris vermöge seiner amtlichen Stellung mitgetheilt worden. Die letzteren bleiben, soweit die Macht der Regierung reicht, geheim gehalten; das deutsche Enkeltar, worauf dieselben sich beziehen, lautet folgendermaßen:

Vertraulich.

Berlin, den 14. Mai 1872.

Die Gesundheit des Papstes Pius IX. ist nach allen uns zukommenden Berichten eine durchaus befriedigende und keine Symptome einer baldigen Aenderung darbietende. Ueber kurz oder lang aber muß eine neue Papstwahl immer eintreten; und der Zeitpunkt entzieht sich der menschlichen Berechnung und Voraussicht. Die Stellung des Oberhauptes der katholischen Kirche ist für alle Regierungen, innerhalb deren Länder eine anerkannte Stellung hat, von solcher Bedeutung, daß es geboten scheint, sich die Folgen eines Wechsels in der Person des Papstes rechtzeitig zu vergegenwärtigen. Es ist schon früher anerkannt worden, daß die Regierungen, welche katholische Unterthanen haben, dadurch auch ein großes und unmittelbares Interesse an einer Papstwahl haben, sowohl an der zu wählenden Persönlichkeit selbst, als besonders auch daran, daß die Wahl von all den Garantien in formaler und materieller Beziehung umgeben sei, welche es den Regierungen möglich machen, sie als eine gültige und allen Zweifeln ausschließende auch für sich und den Theil der katholischen Kirche in ihren Ländern anzuerkennen. Denn daß die Regierungen, ehe sie dem durch Wahl konstituirten Souverän, der berufen ist, so weitreichende, in vielen Stücken nahe an die Souveränität grenzende Rechte in ihren Ländern ausüben, diese Rechte faktisch zugesprochen, verpflichtet sind, gewissenhaft zu erwägen, ob sie die Wahl anerkennen können, darüber scheint mir kein Zweifel sein zu können. Ein Papst, welchem die Gesamtheit oder die Mehr-

zahl der europäischen Souveräne aus formalen oder materiellen Gründen glaubte die Anerkennung versagen zu müssen, würde so wenig denkbar sein, wie es denkbar ist, daß ein Landesbischof in irgend einem Lande Rechte ausübe, ohne von der Staatsregierung anerkannt zu sein. Dies galt schon unter der früheren Ordnung der Dinge, wo die Stellung der Bischöfe noch eine selbständigere war, und die Regierungen nur in seltenen Fällen in kirchlichen Dingen mit dem Papste in Berührung kamen. Schon die im Anfang dieses Jahrhunderts geschlossenen Konföderate haben direktere und gewissermaßen intimere Beziehungen zwischen dem Papste und den Regierungen hervorgerufen; vor Allem aber hat das vatikanische Konzil und seine beiden wichtigsten Bestimmungen, über die Unfehlbarkeit und über die Jurisdiktion des Papstes, die Stellung des letzteren auch den Regierungen gegenüber gänzlich verändert, und das Interesse der letzteren an der Papstwahl aus höchste gesteigert, damit aber ihrem Rechte, sich darum zu kümmern, auch eine um so festere Basis gegeben. Denn durch diese Beschlüsse ist der Papst in die Lage gekommen, in jeder einzelnen Diöcese die bischöflichen Rechte in die Hand zu nehmen, und die päpstliche Gewalt der landesbischöflichen zu substituieren. Die bischöfliche Jurisdiktion ist in der päpstlichen aufgegangen; der Papst übt nicht mehr, wie bisher, einzelne bestimmte Klerikalrechte aus, sondern die ganze Fülle der bischöflichen Rechte ruht in seiner Hand; er ist im Prinzip an die Stelle jedes einzelnen Bischofs getreten, und es hängt nur von ihm ab, sich auch in der Praxis in jedem einzelnen Ausnahmefall an die Stelle desselben gegenüber den Regierungen zu setzen. Die Bischöfe sind nur noch seine Werkzeuge, seine Beamten ohne eigne Verantwortlichkeit; sie sind den Regierungen gegenüber Beamte eines fremden Souveräns geworden und zwar eines Souveräns, der vermöge seiner Unfehlbarkeit ein vollkommen absoluter ist — mehr als irgend ein absoluter Monarch in der Welt. Ehe die Regierungen irgend einem neuen Papste eine solche Stellung einräumen, und ihm die Ausübung solcher Rechte gestatten, müssen sie sich fragen, ob die Wahl und die Person desselben die Garantien darbieten, welche sie gegen den Mißbrauch solcher Gewalt zu fordern berechtigt sind. Dazu kommt noch, daß gerade unter den jetzigen Verhältnissen nicht mit Sicherheit zu erwarten steht, daß auch nur die Garantien, mit welchen in früheren Zeiten ein Konklave umgeben war, und welche es selbst in seinen Formen und seiner Zusammensetzung darbot, zur Anwendung kommen werden. Die vom römischen Kaiser, von Spanien und Frankreich geübte Exklusive hat sich oft genug als illusorisch erwiesen. Der Einfluß, welchen die verschiedenen Nationen durch Kardinalen ihrer Nationalität im Konklave ausüben konnten, hängt von zufälligen Umständen ab. Unter welchen Umständen die nächste Papstwahl stattfinden, ob dieselbe nicht vielleicht in überreifer Weise versucht wird, so daß die früheren Garantien auf der Form nach, nicht gesichert werden — wer wollte das voraussetzen?

Aus diesen Erwägungen schließt sich mir wünschenswerth, daß die Regierungen durch die sich ihnen eröffnende, welche die Stellung der katholischen Kirche in ihrem Lande bei der Papstwahl betreffen, sich rechtzeitig mit den dieselbe betreffenden Regierungen beschäftigen, und wo möglich, sich unter einander über die Art und Weise verständigen, wie sie sich derselben gegenüber verhalten wollen, und über die Bedingungen, von welchen sie event. die Anerkennung einer Wahl abhängig machen würden.

Eine Einigung der europäischen Regierungen in diesem Sinne würde von unermesslichem Gewicht und vielleicht im Stande sein, im Voraus schwere und bedeutende Komplikationen zu verhindern.

Em. v. Bismarck, ich daher ergebenst, die Regierung, bei welcher Sie beabsichtigt zu sein die Ehre haben, zunächst vertraulich zu fragen, ob sie geneigt sein möchte zu einem Ideen-Austausch und einer eventuellen Verständigung mit uns über diese Frage die Hand zu bieten. Die Form, in welcher dies geschehen könnte, würde dann leicht gefunden werden, wenn mir vorerst der Bereitwilligkeit sicher sind.

Ich ermächtige Em. v. Bismarck, diesen Erlaß vorzulegen, bitte Sie aber einstweilen, denselben noch nicht aus der Hand zu geben und die Sache überhaupt mit Diskretion zu behandeln.

(gez.) von Bismarck.

Ueber die Organisation der altkatholischen Seelsorge in Preußen giebt der „Deutsche Merkur“, als amtliches Organ der Alt Katholiken folgende Uebersicht:

Staatlich anerkannte altkatholische Pfarzellen sind erstens und eigentliche Pfarzellen angeordnet in folgenden Orten: Köln (F. Tagermann, Kaplan Baffrath), Bonn (die Seelsorge wird von den geistlichen Professoren wahrgenommen), Grefeld (H. Rabberg), Essen (H. Hoffmann), Dortmund (H. Dohle), Hagen (H. Theelen), Breslau (H. Straßberg) und Kattowitz (H. Kaminski). — Zweitens, aber noch nicht genehmigt ist die Errichtung von Pfarzellen zu Vöpping (H. Graf Brückow), gleichfalls für Kattowitz, Saarbrücken, Witten (wird von Hagen aus pastorirt), Bochum (wird jetzt durch den Kanonikus von Kattowitz pastorirt). Demnach wird auch die Errichtung einer Pfarzelle in Düsseldorf beantragt werden, wo jetzt Pfarzellen Weidinger die Seelsorge wahrnimmt. — Periodischer Gottesdienst wird gehalten in Duisburg, Kettwig, Wiesbaden, Berlin, Königsberg, Reife, Insterburg, Götting (an den letzten drei Orten von Pfarzellen Brunetti) u. s. w., regelmäßiger Gottesdienst in der Synagoga in Braunsberg von Dr. Wollmann. Mehrere der noch nicht förmlich konstituirten Gemeinden erhalten eine Unterstützung aus den Mitteln des Staatshaushalts-Etat bewilligten Mitteln. Zu den Orten, wo altkatholische Vereine bestehen, welche die Bildung einer Gemeinde anstreben, sind neuerdings Gottesberg in Schlesien, Solingen in der Rheinprovinz und Bielefeld in Westfalen hinzugekommen. Außer den bereits genannten Geistlichen und den bonner geistlichen Professoren sind in Preußen gegenwärtig als altkatholische Priester in Thätigkeit Prof. Weber und H. Buchmann in Breslau, Seminardirektor Treibel in Braunsberg und der im August gewählte Priester Barnau in Bonn.

Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 29. Dez. Die Mittheilungen verschiedener Zeitungen über den Stand der Vorbereitung und Vorberathung der Reorganisationsgesetze für den preussischen Landtag sind durchaus irrthümlich. Die „B. Ztg.“ druckt einen ausweichenden, überdies augenscheinlich antiquirten Erlaß des Oberpräsidenten von Brandenburg über die Bildung einer Provinz Berlin ab, um daraus zu folgern, daß die ganze Angelegenheit noch in der Schwebe sei. Inzwischen sind

von mir und neuerdings in der „N. A. Z.“ die genauesten Mittheilungen über den Entwurf in die Öffentlichkeit gelangt, und es ist ausdrücklich mitgetheilt, daß der Entwurf bereits die Zustimmung des Staatsministeriums gefunden hat. Ein Gleiches ist in Betreff der gesammelten Provinzial-Ordnung gemeldet und wird mir durchaus bestätigt. Ferner habe ich vor Kurzem mittheilen können, daß das Staatsministerium sich mit den vom Minister des Innern aufgestellten Grundzügen der gesammelten Verwaltungs-Organisation einverstanden erklärt hat. Hiernach unterliegt es keinem Zweifel, daß dem Landtage schon bei seinem Zusammentritt mehrere der großen Gesetze und jedenfalls das durchgreifendste derselben, die neue Provinzial-Ordnung vorgelegt werden wird. Ueber mehrere der Detailgesetze, besonders die neue Kommunal-Ordnung für die westlichen Provinzen finden allerdings noch weitere Vorberathungen und schriftlicher Meinungsaustausch zwischen den einzelnen Ministerien statt, doch wird auch in dieser Beziehung der Abschluß der Arbeiten nicht auf sich warten lassen. Die Beratungen des Staatsministeriums haben sich schon seit Wochen neben anderen dringenden Aufgaben auch mit der Feststellung dieser legislativen Entwürfe beschäftigt. Der Landtag wird jedenfalls außer dem Budget alsbald reichliche andere Beschäftigung finden. — Der Handelsminister hat den Handelskammern empfohlen, in ihre Jahresberichte fortan besondere möglich erschöpfende Mittheilungen über die in ihrem Bezirke während des vorangegangenen Jahres vorgekommenen Zahlungs-Einstellungen von Aktiengesellschaften und anderen bedeutenderen Unternehmungen aufzunehmen. Von den dabei zu berücksichtigenden einzelnen Punkten werden hervorgehoben die Gesamtbeträge der Aktiva und Passiva, die hauptsächlichsten Gründe und Veranlassungen, Natur und Charakter der Zahlungseinstellungen, sowie die Art und die näheren Umstände des Verlaufs und des Ausgangs derselben.

H. B. Berlin, 29. Dezbr. Die von hiesigen Blättern gebrachte Mittheilung, daß am 19. Dezbr. publizirte Urtheil gegen Graf Arnim sei nur der Tenor des erst später erfolgenden Erkenntnisses mit den Entscheidungsgründen, ist irrig. Auf übrigens noch nicht erfolgten besonderen Antrag Arnims würde demselben nur das bekannte Urtheil, verurtheilt durch Einsetzung des Wortlautes der während der Verhandlung zur Verlesung gelangten Schriftstücke behandelt werden. — In hiesigen diplomatischen Kreisen wird dem Gerüchte, daß der Graf Arnim seine diplomatische Laufbahn aufgeben werde, nicht allzu freundlich stehende, demnach von seinem hiesigen Posten zurücktreten werde, auf das Bestimmteste widergesprochen.

D.R.C. Berlin, 29. Dez. Wie wir hören, liegt es in der Absicht der Militärverwaltung, bei der Strafverfolgung gegen Militärsträflinge in den Festungsgefängnissen von Köln, Wesel, Posen und Torgau versuchsweise das Prinzip der Einzelhaft und eine angemessene Beschäftigung der Gefangenen in den Zellen einzuführen. Hierbei sollen allerdings diejenigen Grenzen gezogen werden, welche nach den Bestimmungen des § 118 des Militärstrafverordnungs-Reglements maßgebend sind. — Durch Art. 1 des Gesetzes vom 30. Mai 1873 wurden bekanntlich 72 Mill. Thaler für die Umgestaltung und Ausrüstung der Festungen und zur Befestigung der Kriegshäfen u. s. w. bewilligt und von dieser Summe 19 Mill. Thlr. für das Jahr 1873/74 zur Verfügung gestellt. Von dieser letztgenannten Summe sind zur Zeit noch für Bauten u. s. w. disponibel 7 Mill. Thlr., von denen noch 1 Mill. voraussichtlich für die noch im Laufe des Jahres 1874 in sämtlichen betreffenden Festungen vorkommenden Ausgaben reservirt bleiben soll, so daß aus den Beständen der Jahre 1873/74 6 Mill. Thlr. in die Verwaltung des Jahres 1875 übergeführt werden müssen. Für das Jahr 1875 sind aus demselben Fonds 7,253,000 Thlr. zur Disposition gestellt, so daß aus der Summe von 13,253,000 Thlr. zur Umgestaltung und Ausrüstung der Festungen Köln, Koblenz, Mainz, Rastatt, Ulm, Ingolstadt, Spandau, Küstrin, Posen, Thorn, Danzig, Königsberg, Glogau, Reife, Memel, Pillau, Colberg, Swinemünde, Stralsund, Friedr. sort, Sonderburg, Düppel und Wilhelmshafen u. s. w. 11,300,000 Thlr. und für Geschütze und Munition 1,953,000 Thlr. im nächsten Jahre zur Verwendung gelangen können. Von den zu den Bauten bestimmten Geldern sollen zur Fortführung der Bauten der Küstenbefestigungen an der unteren Weser, unteren Elbe, Danzig, Swinemünde, Pillau und Stralsund einschließlich der Torpedos 2,947,000 Thlr., zur Fortführung der Bauten an den Befestigungen der Kriegshäfen 2 Mill. Thlr., ferner zur Fortführung der Bauten in den Festungen im Westen Deutschlands, und zwar in Köln, Koblenz und Mainz 2,553,000 Thlr., und endlich zur Fortführung der Bauten in den Festungen im Osten Deutschlands, und zwar in Posen, Königsberg, Thorn, Glogau und Reife 3,800,000 Thaler verwendet werden.

— Der Kaiser beabsichtigt, am 1. Januar die Gratulationen in folgender Reihenfolge entgegenzunehmen: Um 9½ Uhr die des königlichen Hofes, um 9¼ Uhr die der königlichen Prinzen und Prinzessinnen, um 12 Uhr die der aktiven und zur Disposition stehenden Generale und Obersten, welche Generalsstellen bekleiden, sowie die Kommandeure der Leibregimenter, um 1 Uhr die der hier anwesenden Fürlichkeiten und um 1½ Uhr die der aktiven Staatsminister u.

— [Personalien.] Es bestätigt sich, allem Anschein nach, daß der bisherige Minister-Resident in Marocco, Herr von Gültz, an der Stelle des Herrn Jasmund nach Alexandrien versetzt wird. Dieser ist jetzt in der politischen Abteilung des Ministeriums des Auswärtigen, aber wegen andauernden Unwohlseins beurlaubt. General-

Konsul Theodor Weber in Beirut soll als Nachfolger des Hrn. Giliß in Marocco bezeichnen sein. — Geh. Rath Wiese hat gerade in der letzten Zeit mehrfach den Wunsch ausgesprochen, seine einflussreiche Stelle im Ministerium niederlegen zu dürfen. Er will nur noch die Beendigung seines Werkes über das preussische Gymnasialwesen abwarten, ehe er seinen Austritt beantragt. Trotz der unlegbar hohen Vergütung und großen Erfahrung Wiese's würde seine Resignation, sollte sie in der That eintreten, wohl nicht allzuviel Bedauern hervorrufen. — Sehr befriedigt hat die Auszeichnung, die den Professoren Birchow, Hirsch und A. Hofmann durch Verleihung eines, ihre Verdienste ehrenden Titels geworden ist. Es ist dies um so erfreulicher, als es längst feststand, daß der ersagte ohne die Abneigung des Ministers von Mühlner jener Auszeichnung längst theilhaftig geworden sein würde. Herr Falk hat die Gelegenheit benützt, den drei Herren eine Christabendfreunde zu bereiten. Birchow und Hofmann empfingen ihre Ernennung in der am 24. d. M. stattfindenden Sitzung der wissenschaftlichen Deputation, und Prof. Hirsch nach einer Konferenz mit dem Unterstaatssekretär ebenfalls an demselben Tage.

Die nationalliberale Correspondenz bringt folgende Mahnung: Es ist durchaus nöthig, daß die zur national-liberalen Fraktion gehörigen Reichstagsmitglieder sich pünktlich am 7. Januar in Berlin einfinden, da vermuthlich schon am 8. Januar sehr wichtige Gegenstände auf der Tagesordnung des Reichstages stehen werden und außerdem wegen der gespannten Parteiverhältnisse im Reichstage diejenige Fraktion, innerhalb deren das Schwergewicht der Majorität liegt, auch nicht während einer Sitzung die Majorität dem Zufall anheingehen darf, wo „Zwischenfälle“ so zu sagen in der Luft liegen.

Das römische Jesuitenblatt und Moniteur des Vatikans, „Voe della Verita“, führt in einer seiner neuesten Nummern mit beängstlicher Breite aus, daß die Zukunft des Papstthums nicht auf den alttestamentlichen, pflichtvergessenen Regierungen, sondern auf den Böllern beruhe, bei denen der Papst als natürliche Beschützer die Bischöfe habe, und daß es nichts „heiliger Demokratisches“, nichts „für republikanische Formen so Geeignetes“ gebe, als die Lehren des Katholizismus. Hierzu macht die „Nordd. Allg. Ztg.“ folgende Bemerkung: „Wir haben schon vor langer Zeit, bei Gelegenheit der berühmten päpstlichen Abkündigung, in Folge deren Herr Stumm auf Reisen gehen durfte, darauf aufmerksam gemacht, daß der Papst thatsächlich auf seine Stellung als Monarch verzichte, indem er die Rolle und die Ämter des Tribuns übernehme.“

Die „Allgemeine Correspondenz“ veröffentlicht folgende Warnung vor einem neuen Auswanderungsschwindel:

„Abermals ist es Brasilien und abermals eine schon bekannte Firma in Porto Alegre, die Firma: Caetano Pinto, Holzwesig und Comp., mit der die brasilianische Regierung einen Vertrag abschloß, demzufolge diesmal gar 100,000 Europäer, am liebsten natürlich arbeitssame Deutsche, binnen einer gewissen kurzen Frist eingeführt werden sollen. Nach neueren Berichten ist der betreffende Vertrag diesmal nur mit dem Unternehmer Pinto abgeschlossen, während dessen Kompagnon Holzweilig mehr im Hintergrund zu stehen scheint. Auch ist bemerkenswerth, daß dem neuen Vertrage (§ 1) zufolge die Kolonisten nach Brasilien mit Ausschluß von Rio Grande del Sul einzuführen sind, d. h. mit Ausschluß derjenigen Provinz, in welcher allein es bis jetzt europäischer Einwanderer gelang, nicht Hungers zu sterben. Daß es bei diesem neuen Pflanzungs-Geschäfte von Menschlichkeit vornehmlich auf Deutschland abgesehen ist, scheint auch aus dem Plane hervorzugehen, zur Beförderung solcher „Auswanderer“ eine eigene direkte Dampfschiffverbindung zwischen Hamburg und Rio de Janeiro einzurichten, wozu die brasilianische Regierung noch besondere sehr bedeutende Mittel aufwenden. Den Elaf-Rothbrünnern haben wir in verschiedenen Malen bereits das Trügerische, Gewissenlose und sicher ins Verderben führende dieser brasilianischen Auswanderungs-Spekulationen vorgezeigt und nachgewiesen. Sie sind also in der Lage, sich selbst zu schützen. Außerdem vertrauen wir der Wachsamkeit der Behörden in der strengsten Ueberwachung brasilianischer Auswanderungs-Agenten, wie geheim dieselben auch ihr gewissenloses Gewerbe zu betreiben versuchen mögen. Als selbstverständliches ist dabei vorausgesetzt, daß die Reichsbehörden an den großen Auswandererplätzen, Hamburg u. a., in dieser Richtung die Hafenpolizei mit gehörigem Nachdruck handhaben werden.“

Der „Reichs-Anz.“ 304 publiziert das Gesetz, betreffend die Ausgabe von Banknoten, vom 21. Dezember 1874, und das Gesetz, betreffend die geschäftliche Behandlung der Entwürfe eines Reichsverfassungsgesetzes, einer Strafprozeßordnung und einer Zivilprozeßordnung, sowie der zugehörigen Einführungsgesetze, vom 23. Dez. 1874.

Witten, 26. Dezember. Nach Beschluß vom Presbyterium und Repräsentanten-Kollegium der hiesigen evangelischen Gemeinde werden hier, wie die „Eiff. Ztg.“ meldet, die Stolsgebühren für die gewöhnlichen pörramitlichen Verrichtungen abgeseht, so daß vom 1. Januar 1875 an für Trauungen, Kindtaufen und Beerdigungen an Pfarrer und Küster nichts mehr zu zahlen ist. Diese Aenderung wurde zunächst dadurch veranlaßt, daß in Folge des Zivilgesetzbuches sich in den dem Geistlichen von der Gemeinde garantierten Einnahmen ein Ausfall ergab, weil einzelne Brautpaare auf die kirchliche Einsegnung, die nicht mehr durch das Gesetz geboten ist, verzichteten, während die sogenannten Löscheine für die bloß Aufgebotenen und in anderen Gemeinden Getrauten jetzt gar nicht mehr erforderlich sind, wenigstens nicht mehr vom Pfarrer ausgegeben werden können. Wichtiger aber noch erschien die Erwägung, daß religiöse Handlungen, welche mit sofortiger Gelddausgabe verbunden sind, dadurch an ihrer Würde verlieren, von oberflächlichen Naturen als „Geschäft“ angesehen und aus pekuniären Rücksichten möglichst umgangen werden.

Am Baden, 24. Dezbr. Der in der Presse vielbesprochene Vorfall in Bahl wegen des Grabgeländes für ein Kind altkatholischer Eltern hat, wie wir dem „Schw. Merk.“ entnehmen, eine weitere Folge gehabt. Durch Beschluß des Bezirksraths ist der Bürgermeister Hug von Bahl seines Amtes entsetzt, bezw. aus dem Dienst entlassen worden. Entlassend dafür war u. A., daß der Bürgermeister den Befehl des Amtes, die Kirche öffnen zu lassen und für Grabgelände zu sorgen, nicht befolgte; daß er ferner an einer Denunziation gegen den Amtsvorstand wegen Amtsmißbrauch und Hausfriedensbruch, hergeleitet aus eben diesem Vorfall, sich theilnahm.

Nom, 26. Dez. In dieser Zeitung sind vor einigen Wochen die Anlagen reproduziert worden, welche der Perrot'sche Bericht gegen das Verhalten Garibaldi's im deutsch-französischen Kriege von 70/71 hervorbrachte. Heute nun veröffentlicht das „Diritto“ einen längeren Brief Garibaldi's, welcher die Anschuldigungen zurückweist. Das Schreiben, welches an Herrn Bordonero gerichtet ist, dürfte auch in Deutschland interessieren, weshalb wir dasselbe hier folgen lassen. Es lautet:

„Mein lieber Bordonero! In der ganzen Kriegsgeschichte Frankreichs giebt es keine Periode, welche durch so viel Erniedrigung und Thorheit bezeichnet wäre, wie die gegenwärtige, die mit 1870 beginnt und bis in unsere Tage fort dauert, ohne daß man ihr Ende absehen könnte. Angesichts von der doppelten Krankheit eines massierten

Despotismus und des verborbensten Militarismus, den man je gesehen, gewährt die edle Nation, welche vor weniger als einem Jahrhundert die heiligen Grundsätze der Vernunft und der Menschenrechte verkündigte, heute den Blicken der erkauften Welt das unerreichte Schaupiel eines fortschreitenden Verfalls, desgleichen die Geschichte nie gesehen. Mit Prostitutionen, Vandalen und Plündern möchte dieser Auswurf Frankreichs, den man „Kuraus“ und „Pfeifer“ nennt, die Schande besiegeln, mit welcher er das ruhmvolle Banner seines Landes schon besudelt hat. Pfaffen und alle wie neue Aristokraten haben das Kaiserthum erzeugt und widererweckt, und die notwendige Folge dieser abscheulichen Mißgeburt war die Vernichtung des schäbsten aller Heere in den vier Katastrophen von Metz, Sedan, Paris und dem Jura, wo die Befehlshaber ohne Ausnahme ihre Soldaten auf die Schlachtbank und in die Kuchtschaf führten — mit so viel Dummheit und Blödsinn, daß man anderwärts kein Beispiel dafür finden kann. Heere von mehr als hunderttausend Mann wurden von schwächeren Armeen übermächtigt und zur Niederlegung der Waffen gezwungen — das war unglücklich, und hierauf beruht der Haß und die Mißgunst gegen das kleine, tapfere Vögelchen, welches das große Unrecht beging, sich nicht gleich den großen Marschällen des Kaiserreichs schlagen und niederwerfen zu lassen. „Das sind die Bollwerke, welche der Süden Frankreichs gerettet haben“, sagte ein französischer Bauer und zeigte auf einen rothen Lappen, welchen sein Pflug zugleich mit den Resten eines der braven Verteidiger von Dijon ausgeharrt hatte. Dies Wort des französischen Bauers, voll Theilnahme und Bitterkeit, genügt uns als Entschädigung für die großen, giftigen und verächtlichen Beleidigungen, die von den „Kuraus“ und der Scharfstei gegen uns geschleudert werden. Nach dem Bericht Perrot's an die französische Nationalversammlung hat Ricciotti, der junge Sieger von Châtillon, mit seinen zwölfhundert Freischärlern feigerweise den Marsch Manteuffel's mit dreißigtausend Mann nicht aufgehalten. Die Bewunderung Zener, welche den jungen Mann auf dem Schlachtfelde fäßer, und der Ehrenadel, der damals dem Chef der vierten Brigade von seinen tapferen Waffenbrüdern überreicht ward, überheben mich der Mühe, mich zu einer Hefertigung der militärischen Haltung meines Sohns herbeizulassen. Nicht Einen Tag, nicht Eine Stunde hat das Vorgescheer die Armee Manteuffel's belästigt, um deren Marsch gegen Oien und Bourbati zu verhindern.“ Vielleicht waren es Perrot und seine versäufte Genossen, die sich am 21., 22. und 23. Januar geschlagen und den Feind zurückgedrängt haben — drei Tage ununterbrochenen Kampfes, an denen ich etwa 8000 Mann des Vorgescheeres und 15,000 mobilisirte Nationalgardien unter General Pellissier zu meiner Verfügung hatte, deren ein Theil ohne Waffen und ohne die nöthige Feldausrüstung und erst wenige Tage zuvor unter meine Befehle gestellt worden. Diese Macht reichte kaum hin, um unsere Stellungen zu verteidigen. Endlich kamen gleichzeitig mit dem Waffenstillstand — in den wir, ohne es zu wissen, nicht eingelassen zu sein das Vergnügen hatten — die vorausgeschickte Kapitulation von Paris und der Rückzug der Ostarmee in die Schweiz — genügende Kavallerie und Artillerie und so viel Mobilgardien, als man aufreiben konnte. Aber es war zu spät, und wenn wir noch vierundzwanzig Stunden in Dijon zögerten, wurden wir von unendlich überlegenen Kräften angegriffen und zerpörrt. O, wenn Frankreich die Mäler seiner Geschichte zerreißen könnte, welche den Stempel des furchtbaren Jambes tragen und mit einer in Schmutz getauchten Feder von seinem Adel, seiner Geisteskraft und seinen Marschällen beschreiben würden! Aber wer wird die Erinnerungen der Geschichte beseitigen? Wer wird dies edle Volk von der doppelten Schmach des Adels und der Pfaffen reinwaschen? Die Freiheit wird sicher dies Wunder bewirken. Ihr

G. Garibaldi.

Nachschrift. Wenn die Ostarmee so gut wie ich über den Marsch Manteuffel's unterrichtet, halt über die Schnee- und eisbedeckten Berge des Jura in die Schweiz durch das Doubsthal retirirt wäre, das ihre natürliche Verbindungs- und Zufahrtslinie bildete, wo die besten Pässe, Sargans und Arzierer Stützpunkte gaben, und wo wir, die Montebelland bestieg, das Doubs und Dijon sammt der Umgebung berricht, ihr den Rücken den Feind geliegt hätten, dann würde ihr kein so schändliches Schicksal begehrt sein. Aber der General Bourbati veranlaßte, daß der General Garibaldi in Verbindung zu treten; er lud, wie eine Mittheilung über seine Operationen oder über seine Forderungen von Riviere in Doubsfeld nur ausführen konnte, wenn unter seines Heer ihre Linde vom Feinde bedrohte flanke deckte. Als ich von dem verhängnisvollen Rückzuge erfuhr und mich mit einer kleinen Vorhut mit der Eisenbahn auf den Weg machte, um ihm beizustehen — gleichzeitig den Befehl an alle Truppenführer erlassend, mir zu folgen — da erfuhr ich bei der Ankunft in Roule-Saulnier, die Ostarmee sei bereits auf Schweizer Boden übergetreten.“

lokales und Provinzielles.

Wien, 30. Dezember.

Im Wahlkreise Boms-Meseritz findet bekanntlich am 14. Januar die Ersatzwahl eines Mitgliedes des Abgeordnetenhauses an Stelle des jetzigen Ministers Dr. Friedenthal statt. Von polnischer Seite ist als Kandidat der Gutbesitzer Margraf aus Althof aufgestellt worden.

In der außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung am 29. Dezember waren anwesend 18 Mitglieder; der Magistrat war vertreten durch die Stadträthe Annuß, v. Schlemmer, J. Jaffe, Rump. — Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, macht der Vorsitzende, Justizrath Bilet, einige geschäftliche Mittheilungen. Danach hat der Magistrat auf Ablösung der Fischereigerechtigkeit, die der Kommune Polen auf den Gewässern in der Lubaner Feldmark nahe dem Stadtwalde ausübt, angetragen, da der Ertrag, welchen die Verpachtung dieser Fischereigerechtigkeit ergibt, von Jahr zu Jahr geringer wird. Die Versammlung nimmt hieron Kenntniß.

In Betr. der Erweiterung des Bürgerrechts, bez. des Stimm- und Wahlrechts in Gemeinde-Angelegenheiten gemäß § 96 des Gesetzes vom 25. Mai 1873 weist Rechtsanwält Mügel auf die Verhandlungen und Beschlüsse der Versammlung über diese Angelegenheit in der Sitzung am 9. Dezember d. J. hin. Magistrat hatte damals beantragt, die Versammlung möge sich damit einverstanden erklären, daß das Stimm- und Wahlrecht, welches in Polen gegenwärtig auf Grund des § 5 der Städteordnung davon abhängig gemacht wird, daß man ein Einkommen von mindestens 300 Thlr. hat, oder an Klassensteuer jährlich mindestens 4 Thlr. entrichtet, auf Grund des § 96 des obigen Gesetzes in Gemeinde-Angelegenheiten bereits an die Bedingung eines jährlichen Klassensteuereinzugs von 2 Thlr. (entsprechend einem Einkommen von 220 Thlr.) geknüpft werde. Die Versammlung hatte jedoch diesen Antrag abgelehnt und beschlossen, daß das Stimm- und Wahlrecht, wie bisher, von einem Einkommen von 300 Thlr., resp. einem jährlichen Klassensteuereinzug von 4 Thlr. abhängig gemacht werde. Magistrat ist nun mit diesem Beschlusse nicht einverstanden, und ersucht die Versammlung, entweder den ihm gestellten Antrag anzunehmen, oder Mitglieder zu einer gemischten Kommission, bezw. nochmaliger Verhandlung dieser Angelegenheit zu wählen. Da nach Mittheilung des Rechts-Anwalts Mügel kein Grund vorliege, von dem in der Sitzung am 9. d. Mts. einstimmig gefassten Beschlusse abzugeben, so beschließt die Versammlung, zu Mitgliedern der gemischten Kommission zu wählen: den Rechtsanwält Mügel, Justizrath Tschuschke, und Kommerzienrath v. Jaffe.

In Betr. der Ablösung der, den geistlichen Instituten zugehörigen Realberechtigungen erinnert der Rechtsanwält Dräger daran, daß der Magistrat in einer der früheren Sitzungen beantragt habe, die Versammlung möge sich mit der Provokation auf Ablösung der betr. Realberechtigungen einverstanden erklären, daß die Provokation nunmehr bereits erfolgt sei, und die Versammlung die Rechtskommission beauftragt habe, die betr. Realberechtigungen

einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Die Kommission hat sich dieser Aufgabe unterzogen, und ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Realbücherei dieser Berechtigungen nichts einzuwenden sei. — Von anderer Seite wird hervorgehoben, daß bei der Finanzlage der Stadt die von dem Magistrat beschlossene Kapitalablösung nicht zu empfehlen sein dürfte, es dagegen vortheilhafter sein würde, wenn die Ablösung durch die Rentenbank erfolgte, wozu ein Zeitraum von 56 Jahren erforderlich wäre. Die Versammlung schließt sich dem Antrage, den Magistrat zu ersuchen, daß die Ablösung durch die Rentenbank erfolge, an.

Ueber die nochmalige Feststellung des Kammerer-Etats pro 1875 berichtet Kaufmann Sal. Böhmsohn. Danach erklärt der Magistrat, daß er mit dem Kammerer-Etat, wie ihn die Versammlung in ihrer letzten Sitzung festgestellt habe, nicht wirksamen könnte. Danach betragen die Ausgaben pro 1875: 267,988 Thlr., und sei eine Einnahme von gleicher Höhe nur dadurch erzielt worden, daß die Versammlung beschlosse habe, die mangelnden 17000 Thlr. aus den Ueberschüssen vom Jahre 1874 zu entnehmen; diese Ueberschüsse seien aber in Wirklichkeit nicht vorhanden, es seien dies vielmehr Bestände von früheren Jahren. Da nun der Magistrat nach seiner Angabe durchaus den erforderlichen Betriebsfonds haben muß, um wirtschaften zu können, so beantragt derselbe, die Versammlung möge sich mit der Erhebung eines Zuschlages von 20 Prozent zu dem einfachen Betrage der Klassensteuer (in Höhe von 104,000 Thlr.) einverstanden erklären, wobei jedoch die beiden untersten Klassenstufen von diesem Zuschlage zu befreien sein dürften. Die Finanzkommission ist der Ansicht, daß dem Magistrat genügend Mittel zur Deckung des Ausfalls aus dem Etat der Gas- und Gaswerke und aus anderen Fonds zur Disposition stehen, so daß eine Erhöhung der Kommunealeinkommensteuer in der beantragten Weise nicht erforderlich sei. Nach längerer Diskussion, an welcher sich die Stadträthe J. Jaffe, Rump und Annuß, Kommerzienrath v. Jaffe und E. Jaffe, Rechtsanwält Mügel und Kaufmann B. Kantorowicz theilnahmen, wird der Antrag des Magistrats, betr. die Verwilligung eines 20 pCt. Zuschlages, mit 2 gegen 16 Stimmen abgelehnt; ebenso der Antrag des Rechtsanwalts Mügel, einen Posten von 6000 Thlr., welcher unter Tit. XI. der Einnahmen des Kammerer-Etats: Darlehen aus dem Reichs-Invalidentfonds, angesetzt war, zu streichen und dadurch die Ausgaben um den gleichen Betrag zu vermindern, mit 8 gegen 10 Stimmen; endlich ebenso der Antrag des Kaufmanns Wilhelm Kantorowicz, sich mit der Erhebung eines 15 pCt. Zuschlages einverstanden erklären zu wollen.

Der Magistrat beantragt für zwei Beamte, welche in Folge des Ablebens des Sparkassen-Kontrollanten Hoffmann bedeutende Mehrarbeiten durch Vertretung gehabt haben, Remunerationen: von 100 Thlr. für den Kontrollant Sommerstein, 50 Thlr. für den Assistenten Schubert. Doch wird dieser Antrag abgelehnt. Ebenso ein zweiter Antrag des Magistrats, den Unterbeamten Remunerationen in Gesamthöhe von 123 Thlr. zu gewähren. Dagegen wird auf Antrag des Magistrats dem Bureau-Vizier v. Geißler L. welcher erkrankt war, eine Unterstufung von 25 Thlr. bewilligt.

In Betr. der Gehaltsverhältnisse des Stadtbauraths Stengel wird beschlossen, sich mit einer Aenderung in der Bezeichnung derselben einverstanden zu erklären, daß derselbe nicht mehr, wie bisher, 1800 Thlr. Gehalt, einschließlich einer persönlichen Zulage von 300 Thlr. und Wohnungszulage, sondern 1800 Thlr. Gehalt, einschließlich Wohnungszulage, erhält. Diese Aenderung erfolgt mit Rücksicht darauf, daß das Gehalt des Stadtrath Rump neulich auf 1700 Thlr. Gehalt, einschließlich Wohnungszulage, festgesetzt wurde.

r. Ueber die Vertheilung der Einquartierung zu Friedenszeiten haben im Laufe d. J. magistratualiche Beratungen zur Aufstellung eines Dislokationsstatuts stattgefunden, jedoch bis jetzt die Grundlage für Herbeiführung eines Gemeindefachschusses noch nicht geliefert. Das von der städtischen Servis-Deputation entworfene Regulativ, welches die Gebäudesteuer als Maßstab zur Vertheilung der Einquartierung annimmt, hat die durchgehende Zustimmung des Magistrats nicht finden können. Da inzwischen dem Bundesrathe ein Antrag vorliegt, betr. die Vertheilung zu Naturalleistungen, für die der Staat die Macht im Frieden zugegangen ist und nach den Resultaten in diesem Entwurfe auf Grund der, während des letzten Krieges gemachten Erfahrungen als der zweckmäßigste und gerechteste Vertheilungsmodus die Vertheilung nach der Einkommensteuer sich zu empfehlen scheint, so wünscht der Magistrat eine Vertheilung des herbeiführenden Gemeindefachschusses, mit welcher jedoch die k. Regierung in einem Schreiben vom 6. November d. J. nicht einverstanden ist.

r. Die Unterbringung Obdachloser war für die städtische Verwaltung im abgelaufenen Verwaltungsjahre ein Objekt großer Verlegenheiten. Die Stadtgemeinde ist von der k. Regierung gezwungen worden, für Männer gesonderte Lokalitäten außerhalb des Hauses für Obdachlose zu beschaffen. Das nach langem Suchen ermittelte Lokal in einer Herberge wurde von der k. Polizeidirektion als ungeeignet bezeichnet und deshalb nur vom 1. April bis 1. Oktober 1874 die Benutzung gestattet. Bis jetzt ist es nicht möglich gewesen, die für die Männer-Abtheilung geforderten Lokale zu beschaffen. Zwei in Aussicht genommene Räume wurden von der k. Polizeidirektion refusirt. — In der Zeit vom 1. Oktober 1873 bis dahin 1874 waren im Hause für Obdachlose 114 Familien mit 147 Köpfen darunter 15 Familien mit Kindern. Diese Familien waren zusammen 1782 Tage, also jede Familie durchschnittlich 13 Tage im Obdachlosenhause. Es waren darin bis 5 Tage 20, bis 10 Tage 39 u. a., dagegen bis 90 Tage nur eine Person. Auf die Monate berechnet, waren im Dezember 45, im Januar 46, im März 40, im November 40, dagegen im Juli nur 7, und im August sogar nur 2 Personen im Obdachlosenhause. Vom 1. Mai bis 1. Oktober waren im Obdachlosenhause zum Lamm, dem für Männer hergerichteten Lokal, nur 5 Männer unterzubringen, darunter ein Mann mit 7, 4 Männer je mit 1 Tag. Ob Angesichts einer so geringen Zahl von obdachlosen Männern (bemerkte der städtische Verwaltungsrath) die Herstellung neuer Räume so energisch, wie es geschieht, gefordert werden kann, möge an dieser Stelle unerörtert bleiben — zumal wenn erwogen wird, daß im Hause für Obdachlose zwei gesonderte Eile vorhanden sind.

r. Der posener Provinzial-Verein für das Mädchen-Schulwesen hielt am Montage im Saale der kgl. Luisenschule seine zweite Generalversammlung unter Vorsitz des Direktors Dr. Barth ab. Der Vorsitzende machte zunächst die Mittheilung, daß die Schul-Vorsteherin E. Puyke, welche in der konstituierenden Generalversammlung vor dem Vorsitzenden des Vereins gewählt worden war, den Vorsitz ihm übertragen, dagegen die Rendantur übernommen habe; stellvertretender Vorsitzender sei der Herr Hiescher, Schriftführer die Schul-Vorsteherin Schneider aus Bromberg und Seminarlehrer Krumborn von hier. Nachdem die Versammlung sich mit dieser Vertheilung der Aemter im Vorlande einverstanden erklärt, wurden Mittel-Schullehrer Jul. Lehmann und Seminarlehrer Krumborn zu Schriftführern der Versammlung gewählt. Der Vorsitzende theilte alsdann mit, daß, nachdem der in der ersten Generalversammlung gewählte Delegirte, Mittel-Schullehrer Bittcher, seine Verhinderung, die diesjährige Hauptversammlung in Carlsruhe zu besuchen, erklärt, und auch der stellvertretende Delegirte, Mittel-Schul-Lehrer Kuyke, auf den Besuch dieser Versammlung verzichtet hatte, er selbst als Delegirter des Posener Zweigvereins an die Hauptversammlung in Carlsruhe besuch habe. Hieran trat die Versammlung in den ersten Gegenstand der Tagesordnung; Bericht über die Hauptversammlung in Carlsruhe, ein, welchen der Direktor Dr. Barth erstattete. Im Hinweis auf den gedruckten Bericht über diese Versammlung berichtete der Vorsitzende über die äußerst gastfreundliche Aufnahme in Carlsruhe, über die anerkennende Begrüßung seitens der Behörden und der Allerhöchsten Personen, welche das größte Interesse für die Bestrebungen des Vereins bezeugten, sowie über mannichfache persönliche Erfahrungen auf dieser Versammlung, und berührte schließlich die Tagesordnung, verschiedene Punkte der Diskussion und Beschlüsse der Versammlung. — Alsdann ging die Versammlung zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung über: Berathung über die auf der Hauptversammlung

Der Direktor Diedmann aufgestellten Thesen, betr.
eine Prüfungsordnung für Seminarlehrer.
Nach Mitteilung des Referenten über diesen Gegenstand, Seminar-
lehrers Schwabe, hat Direktor Diedmann auf der Hauptversammlung
folgende drei Fragen aufgestellt: 1) Ist ein Unterschied zwischen
Lehrer- und Lehrerinnen-Prüfung zu machen und welcher? 2) Ist
es zweckmäßig, daß die Lehrerinnen für Volksschulen, mittlere
und höhere Mädterschulen in demselben Seminar ausgebildet
werden? 3) Empfiehlt es sich, daß Lehrerinnen in Spezialprü-
fungen zugelassen werden? Das Resultat der längeren Diskussion
war folgendes: Die in der Prüfungsordnung für Lehrerinnen be-
stimmte Prüfungszeit von sieben Stunden ist zur Bewältigung aller
der Prüfungsarbeiten zu kurz bemessen; schwache weibliche Naturen
sind außer Stande, die ihnen zugewiesenen Anstrengungen zu ertragen.
Es muß daran festgehalten werden, daß an einem Prüfungstage nicht
mehr als zwei schriftliche Arbeiten aufgegeben werden. Zu den drei
Gegenständen, welche die Prüfungsbereife bestimmen, gehört unter allen
 Umständen auch Rechnen. Es ist zweckmäßig, daß sämtliche Lehrer-
innen in einer Art von Seminar ausgebildet werden, da die ver-
schiedenen Grade der Zeugnisse immer noch die einzelne Lehrerin auf
 die niedere oder höhere Schule hinweisen werden. Eine Spezialprü-
fung könnte immer erst nach bestandener allgemeiner Prüfung wünschens-
werth erscheinen.

Im Anschluß hieran beschloß die Versammlung auf Antrag des
Vorstandes, Direktor Dr. Barth, noch folgende Resolutionen: 1) In den Prüfungen für Lehrerinnen ist dadurch eine größere Gleich-
mäßigkeit herbeizuführen, daß in den Provinzen, in welchen ein fgl.
Lehrerinnen-Seminar besteht, besondere Prüfungskommissionen nicht
ernannt werden. 2) Da es mündenswerth zu erachten ist, daß die
jungen Mädchen, die sie als Erzieherinnen entlassen werden, das Le-
ben kennen lernen, so erscheint das 16. Lebensjahr für die Aufnahme
in das Seminar als zu niedrig gegriffen. — Der dritte Gegenstand
der Tagesordnung betraf Mittheilungen über die Pensions-
Anstalt für Lehrerinnen und Erzieherinnen durch
den Direktor Dr. Barth. Diese Pensionsanstalt, welche durch die
Schulvorsteherin Schneider zu Bromberg u. die Frau Pastor Lindner zu
Breslau angelegt und durch die Direktoren Erbsen und Schornstein im
Leben erhalten worden ist, verlangt bei einer statutarisch bestimmten
Pension von 250 Thlr. einen jährlichen Beitrag von 6 Mark in einem
Alter von 20 Jahren, 6½ Mark in einem Alter von 21 Jahren und
sofort um ½ Mark mehr bis zum 31. Lebensjahr und von da ab um
eine ganze Mark mehr pro Jahr. Die Versammlung beschloß in An-
betracht dessen, daß der Beitrag verhältnismäßig niedrig, die Pension
dagegen hoch sei, und daß bedeutende Finanzkapazitäten und einfluß-
reiche Männer sich der Stiftung annehmen, durch zahlreichen Beitritt
dieselbe zu unterstützen. An den Vorstand des Hauptvereins soll für
die Tagesordnung der nächsten Hauptversammlung der Antrag gerich-
tet werden, diejenigen Herrschaften, welche Lehrerinnen engagiren, und
die Schulvorsteher und Schulvorsteherinnen von Privatschulen, an
welchen Lehrerinnen angestellt sind, zu bestimmten Beiträgen zu der Pen-
sionsanstalt heranzuziehen. — Die nächste Generalversammlung des
Pöfener Provinzialvereins wird wieder in Posen, und zwar am
18. Mai 1875, abgehalten und auf die Tagesordnung derselben unter
Anderm A. Schornsteins „leitende Grundsätze“ und „Schuldisziplin“
gesetzt sein. — An die Generalversammlung, welche beinahe vier
Stunden gedauert hatte, schloß sich Nachmittags ein gemeinsames
Festessen in Wylus Hotel.

— Die Hochkuth der Vergnügungen dieses Winters hat be-
gonnen; Alles rüht sich zu geselligen Lustbarkeiten, überall regt sich
— bei Privaten und Vereinen — ein munteres Streben, die „Saison“
so glänzend als möglich zu gestalten. Wie wir hören, beabsichtigt auch
der hiesige Handwerkerverein am 2. Januar sein erstes großes Winter-
fest zu geben und hat dazu den neuen, überaus geräumigen Lambert-
schen Concertsaal auszuwählen. Für Viele bietet sich hier Gelegenheit,
dieses schöne und architektonisch prächtige Lokal in voller Beleuchtung zum ersten
mal zu sehen und steht bei der mannigfaltigen Reichhaltigkeit des Pro-
gramms — Concert, Liedertafel, Weihnachtsbaum, Verloosung (ohne
Zwang) und Tanz — eine rege Theilnahme zu erwarten.

Der hiesige Zweigverein der Kaiser Wilhelm-Stiftung hat
am Montag 5 Uhr im Handelskaale seine Generalversammlung.

Das Kaiserliche Generalpostamt erklärt eine von der
„Pöfener Zeitung“ verbreitete Notiz des Inhalts, daß zu An-
satz der provisorischen Anstellung weiblicher Hilfsarbeiter
bei der Post erfolgen solle, für jeder Begründung entbehrend. Das
betreffende Publikum möge sich also enthalten, die Postbehörden mit
Gedanken zu überlasten, denen doch nur Enttäuschung folgen könnte.

× Die Polen in Amerika — schreibt die in Detroit erschei-
nende „Gazeta Polska katolicka“ — bilden einen ansehnlichen Theil
der Bevölkerung, trotzdem vermochten sie bisher nicht, nähere Ver-
hältnisse mit einander anzuknüpfen, eine gewisse einheitliche Gesellschaft
zu bilden und auf diese Weise der Gefahr des Aufgehens in ein frem-
des Element zu entgehen. In 300 Kolonien zerstreut irren sie oft
ohne Arbeit und Brot umher, die polnischen Kinder genießen keine
polnische Bildung und die polnische Arbeit kommt Fremden zu Gute,
welche die polnische Trägheit und Sammeligkeit verachten. Dieser
traurige Stand der polnischen Emigration in Amerika erregte in eini-
gen Männern den Gedanken, eine polnische Vereinigung unter den
zerstreuten Landsleuten herbeizuführen. Dank der Agitation dieser
Männer, fand in den Tagen vom 14–16 Oktober c. in Chicago ein
polnischer Congress statt, auf welchem eine „polnisch-katholische
Vereinigung“ in Amerika gegründet wurde.
Der Zweck dieser Vereinigung ist die Erhaltung des k. katholischen
Glaubens, der Nationalität unter den in Amerika lebenden Polen, die
Unterstützung der armen Emigranten, deren Wittwen und Waisen
und die Verbreitung polnischer Bildung. Die Leitung der Vereins-
angelegenheiten ist einer Ehrentribüne mit einem Präsidenten an
der Spitze übertragen und zur Kontrolle derselben ein aus sechs Geist-
lichen und sechs Laien bestehender Senat ernannt worden. Um die
zur Erreichung des ausgesprochenen Zweckes nöthigen Geldmittel zu erhal-
ten, hat jedes Mitglied der Vereinigung jährlich einen Dollar Bei-
trag zu zahlen. Als Vereinsorgan wurde die „Gazeta Polska katolicka“
in Detroit gewählt, um die Existenz dieses Blattes sicher zu
stellen und dasselbe zu vergrößern, wird die Zeitung von einer Akti-
engesellschaft übernommen werden. Auf dem Kongresse wurde auch
über die Errichtung einer höheren polnischen Schule, in welcher die
polnischen Kinder eine gründliche polnische und englische Ausbildung
erhalten könnten, berathen. Die Beschlusfassung über diesen Gegen-
stand wurde jedoch dem künftigen Kongresse vorbehalten und der Prä-
sident der Vereinigung beauftragt, bis dahin Erkundigungen einzuziehen,
in welcher Höhe Geldmittel zu diesem Zwecke in den polnischen Kolo-
nien aufgebracht werden können.

— Koschmin, 27. Dezember. (Gesinde und Gesinde-
diensthüter.) Die immer mehr zunehmenden Klagen über schlechtes
und unzuverlässiges Gesinde sind leider nur zu berechtigt und ist das
Verhalten desselben der betrübenden Brotherrschschaft. Das Bestreben,
durch neue event. strenge Handhabung der betreffenden Gesetze die Un-
zuverlässigkeit des Gesindes in Schranken zu halten — es wurden ja
schon Stimmen für Wiedereinführung des Pagarwanges laut, um das
zu häufige Verlassen des Diensthutes zu verhindern — ist
der beste Beweis, wie dringend das Verlangen nach Abhilfe dieses
Uebelstandes ist. — Wir glauben, daß die Verhältnisse ein gut Theil
besser sein würden, wenn die Dienstherrschschaften nicht allein von den
Verordnungen und strengen Gesetzen erwarten, sondern auch über-
seits für Beachtung der bestehenden Vorschriften mit sorgen möchten.
Zu diesem Zwecke wollen wir in der jetzigen Zeit, dem Haupt-
jahres-Umkehrtermin des Gesindes auf eine alle, aber bei uns leider
namentlich beständige Bestimmung aufmerksam machen, nämlich die, daß nach
dem Gesetze vom 29. September 1846 und der Verordnung der k. Re-
gierung zu Posen vom 24. Januar 1854, jeder Diensthute verpflichtet
ist, sich nicht allein mit einem Gesindedienstbuche zu versehen, sondern
dasselbe auch bei jedem Antritt eines neuen Dienstes bei einer Strafe
bis zu 2 Thlr. vorzulegen hat. Wenn die Gesindedienstbücher aber

auch ihren Zweck erfüllen, und uns ein getreues Bild von den Eigen-
schaften des Inhabers geben sollen, so ist es nicht allein hinreichend,
daß sie angeführt werden, — sondern genau und gewissenhaft
was Dienstführung und Verabschiedung anbelangt, ausgefüllt, dann
aber auch allgemein von jeder Dienstherrschschaft bei Antritt
des Dienstes resp. beim Wietzen vorzulegen gefordert werden. Hier
kann aber nur ein gleichmäßiges Handeln von durchschlagendem Nutzen
sein. Dringend notwendig ist es allerdings vor Allen, daß die
Polizeibehörden diesem Theile ihrer Amtspflichten die größte Aufmerk-
samkeit zuwenden. Es dürfte kein Diensthute in die Seelenliste einge-
tragen werden, der nicht sein gehörig ausgefülltes Dienstbuche vorlegen
kann. Leider geschieht dies immer noch in den allerletzten Fällen.
Wenn diese Beilen auch nach dieser Seite förderlich wirken möchten, so
hätten sie ihren Zweck erreicht. Empfohlen würde es sich noch, daß
auch andere Städte der Provinz dem Beispiel Posen's folgen und
Reine gründen möchten, welche guten Diensthuten, welche eine gewisse
Reihe von Jahren bei ein und derselben Brotherrschschaft dienen, Prä-
mien gewähren, wodurch unzweifelhaft ein guter Einfluß geübt werden
dürfte. — Daß die Behandlung der Diensthuten eine der modernen
Entwickelung unserer Verhältnisse, resp. menschenwürdige sein muß,
legen wir als selbstverständlich voraus, denn berechtigete Klagen — und
die sind es noch recht oft — werden zum Wohlverhalten des Gesindes
genügend beitragen, und sind wohl häufig die Ursache, daß sich neues
Gesinde der Herrschaft gegenüber öfter so mißtraulich beziehentlich
feindlich benimmt.

□ Ostrowo, 28. Dezember. (Posen-Kreuzburg.) Trotz
der Differenzen zwischen dem Bauunternehmer Hoffmann und der
Bauverwaltung der Kreuzburg-Posener Bahn, die sehr störend auf
die Förderung der Arbeiten wirkten, ist der Bau in letzter Zeit nach-
dem die Verwaltung die Leitung selbst übernommen auf hiesiger
Strecke so eifrig betrieben worden, daß die Tour von hier nach
Kempen schon zum Juli 1875 befahrbar sein dürfte.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

Von sämtlichen Musikzeitleitungen hat die in Er-
furt erscheinende „Urania“ den Musikanten der Provinz
Posen seit geraumer Zeit eine sehr dankenswerthe Aufmerksamkeit
zugewandt. Demzufolge hat sich auch das Blatt namentlich in den
Lehrer-Vereinen, zu welchen musikalisch strebende Mitglieder ge-
hören, in recht erfreulicher Weise einheimisch gemacht. Dasselbe ist
besonders den jüngeren Lehrern, deren Fortbildung auf Orgel oder
Harmonium nie genug angestrebt werden kann, als ein durchaus
förderlicher Rathgeber bei ihrem Studium zu empfehlen.

Vermischtes.

* Aus London vom 25. Dezember wird über ein furchtbares
Eisenbahnunglück wie folgt berichtet:

Unter Christfest wurde diesmal durch ein gräßliches Eisenbahn-
unglück eingeleitet, welches über dreißig Menschen das Leben kostete,
nicht zu reden von etwa vierzig anderen, die schwere Verletzungen da-
vontrugen. Das Schreckliche geschah gestern Nachmittag auf der großen
Westbahn zwischen Oxford und Birmingham. Von erfahrener
Stadt war ein aus dreizehn Wagen bestehender Personenzug bald nach
Mittag abgegangen worden, zwei Lokomotiven waren angehängt und
ihn führten zwei Personen, die sich zu Freunden auf das Land bega-
ben, um dort die Festtage frohlich zuzubringen. Da brach in der Nähe
von Shipton, etwa zwei Kilometer von Woodstock Road, der ersten von
Oxford am Norden gelegenen Station, die Achse oder das Rad eines
in der Mitte des Zuges befindlichen Wagens 3. Klasse. Sofort wich
dieser aus dem Geleise, kippte von da an etwa 1000 Fuß weit über
die hölzernen Grundschwellen der Bahn fort, bis er endlich mit noch
anderen Wagen losgerissen und vom hohen Damme hinabgeschleudert
wurde in die zur Seite unten liegenden Büsche, woselbst sie alleamt
zu einem wilden Trümmerhaufen zusammengeklagen wurden. Da der
Zug mit einer Geschwindigkeit von etwa 60 Kilometer dahingefahren war,
kann man sich die Gewalt, mit der die dem Verderben geweihten Wa-
gen vom Fuge losgerissen und die Böschung hinabgeschleudert
wurden, einigermaßen vorstellen. — Die Folge war die Schreck-
liche: drei hinabgeschleuderten Personenzüge, denen sich ein Gepäcks-
sitzend angehängt, waren in der nächsten Minute nur mehr ein for-
losler Splitterhaufen, dessen Bestandtheile, untermischt mit erschlagenen,
verwundeten und abgewunden Menschen, den Witzgrund bedeckten.
Einer der Wagen war zum Ueberflus zertrümmert in den nahe ge-
legenen Kanal hinabgeschleudert, wo er trunken sein mag, was sonst viel-
leicht der Sturz überlebt haben möchte. Der Anblick war nach allen vor-
liegenden Schilderungen ein herzzerreißender. Wohl keinen, die gleich
den Tod fanden, denn er muß ein plötzlicher gewesen sein! Gräßlicher
war das Schicksal derer, die mit verwundeten Gliedern zwischen den
Wagentrümmern eingeklemmt waren und Hülfe durch die Schlingel-
haken, bis sie freigegeben werden konnten. Mehrere von diesen sind
seitdem gestorben, noch andere liegen hoffnungslos darnieder. Die mit
dem Leben davon kamen — die vorderen Wagen des Zuges litten fast
gar nicht — beizelten sich, den Verunglückten nach Kräften beizustehen.
Wadere Hülfe boten auch die Arbeiter der nahegelegenen Papierfabrik
des Herrn Langton Pearson, der mit seinem Leuten zur Unglücks-
stätte eilte und die Verwundeten nach dem zunächst gelegenen Herr-
schaftsbaue Hampton Gay schaffen half. Doch währte es lange, bis
den auf freiem Felde Liegenden der nothdürftigste wundärztliche Bei-
stand zu Theil werden konnte, und wie viele Menschenleben schließlich die-
ser Achsen- oder Radbruch fordern wird, läßt sich zur Stunde noch
nicht sagen. Ein zweites, kaum minder furchtbares Unglück ereignete
sich gestern in dem Kohlenbergwerke Dignall Hill in Nord-Staffordshire,
woselbst, angeblich durch Fahrlässigkeit der Grubenarbeiter, ein schla-
gendes Wetter sich entzünd und, wie man fürchtet, 22 Arbeiter tödtete.
So viele befanden sich nämlich in der Tiefe. Einige derselben wurden
als Leiche zu Tage gebracht, und gar gering ist die Hoffnung auf Ret-
tung anderer, da die Grube in Brand gerathen zu sein scheint. Des
Jammers hat uns der Himmel somit zum Feste viel beschert und der
Wildthatigkeit steht ein neues Feld offen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wafner in Posen.

Angelaommene fremde vom 30. Dezember.

MYLIUS' HOTEL DE DREDE. Landrath Freiherr v. Unruh-
Bomst u. Familie a. Wollstein, Landrath v. Massenbach u. Frau a.
Krausstadt, Landrath a. Rittergutsbesitzer v. Sander u. Familie
a. Chancice, großherzoglicher Hof-Schauspieler Fehld a. Weimar, die
Kausleute Gebrüder Wardwald, Fredeling, Ebenstein, Görtel u. Noffe
a. Berlin u. Fride a. Neuhauf.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer von
Heldorff nebst Frau a. Stordneß, Frau v. Reide u. Tochter a. Koy-
bitel, Bayer a. Golenjewo, Stod a. Chelminco u. Leffer a. Wilkowie,
die Kausleute Weder a. Varmen, Kaufmann u. Schüge a. Berlin,
Landhaukmeister und Oberstleutnant v. Koye u. Familie a. Rize,
Major Bernede a. Rissa, Hauptmann v. Norkmann u. Frau a. Rissa,
Br.-Leutnant Herrmann a. Rissa, Fabrikant Hoffmann u. Sohn a.
Berlin, die Rentiers Bernstein nebst Frau a. Danzig u. Bloch nebst
Familie a. Thorn.

HOTEL ZUM SCHWARZEN ADLER. Gutsbesitzer Buchowski
a. Pomarjanki, Bürger Stiebler a. Polen, Gutsverwalter v. Miecz-
kowski a. Bielice, Prof. Dr. Tabulski u. Frau a. Kozalen, Kaufmann
Wollenberg a. Berlin.

LACHMANN'S GASTHOF IM EICHEN BORN. Die
Kausleute Prydecki, Brypprin, Kranczyk, Rette u. Lach a. Kleschewo,
Bietruski u. Sohn a. Konin, Wietuski u. Sohn u. Mieczewski a.
Pisern, Krul. Parjansk a. Kleschewo.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Paris, 30. Dezbr. Das Carlismorgan „Cuartel Real“ meldet
den Tod Esparteros am 21. Dezember.

Nächsten Monat findet ein großes Diner des russischen Volschasters
statt, woran Mac Mahon theilnimmt.

Geehrter Herr Redakteur!

Die heutige (Dienstag-) Mittags-Nummer der Pöfener Zeitung
gibt einen Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wieder,
den Sie als eine „energische offiziöse Zurechtweisung“
bezeichnen. Da in dem Artikel mein Name genannt wird, so habe ich
ein Interesse daran, daß Ihre Leser den wirklichen Sachverhalt er-
fahren. Für offiziös halte ich übrigens den Artikel nicht, da ich nicht
glauben kann, daß irgend eine amtliche Stelle sich, wenn auch ano-
nym, jener „Energie“ des Ausdrucks bedienen wird, welche in dem
reichlichen Gebrauch von Schmähwörtern besteht. Auf die „Zurecht-
weisung“, die freilich in erster Linie dem „Journal des Debats“ gilt,
habe ich der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ mit
nachstehendem Schreiben geantwortet, welches zugleich das Thatsächliche
enthält:

„Ich ersuche Sie auf Grund des § 11 des Pressegesetzes um Auf-
nahme der folgenden Berichtigung in die nächste Nummer Ihrer
Zeitung:

In Ihrer Nr. 302 ist von „ehrverletzenden Vorpiegelungen“ die
Rede, welche in der Gerichtsitzung vom 11. d. M. die Berichtigung
des Grafen Armin gegen den Freiherrn v. Goltstein sich „herausge-
nommen“ haben soll. In der gedachten Sitzung habe ich allein sei-
tens der Berichtigung Auführungen in Bezug auf Herrn v. Goltstein
gemacht, nicht weil ich mir dies herausnahm, sondern indem ich
dazu berechtigt und verpflichtet war. Diese Auführungen waren keine
Vorpiegelungen, sondern sie enthielten die Wahrheit. Inwie-
fern diese Wahrheit für Herrn v. Goltstein ehrverlegend ist, war
und ist mir gleichgültig.

2. Sie behaupten, ich hätte in Bezug auf meine erwähnten Aufüh-
rungen eine Revokation eintreten lassen. Dies ist unrichtig.
Herr v. Goltstein, so lautete meine Behauptung, hat hinter dem Rücken
des Angeklagten, dessen Unterberger er war, über den Angeklagten
an das Anwaltamt und über dessen obersten Väter Berichte erstattet.
Diese Behauptung habe ich aufrecht erhalten. Dagegen habe ich —
vor der Vernehmung des Zeugen — erklärt, daß, wenn meine Behaup-
tung zugleich dahin gegangen sein sollte, daß Herr v. Goltstein zu der-
artigen Berichten ange stellt gewesen sei, dies auf mißverständlicher
Information beruhe. Daß hierdurch die Handlungswaise des Herrn
v. Goltstein selbst überhaupt nicht berührt wird, leuchtet Ihnen gewiß
ein.

3. Sie sprechen von einer überzeugenden Refutation
des Restes meiner Behauptungen durch Herrn v. Goltstein in der
Sitzung vom 14. d. M. Eine solche Refutation — überzeugend oder
nicht — hat nicht stattgefunden. Herr v. Goltstein hat vielmehr meine
Behauptung lediglich bestritten. Er hat zugestanden, daß er
dieser von ihm über den Angeklagten wiederholentlich Berichte
erstattet worden seien und zwar theils an solche Personen, welche er
direkt autorisiert habe, diese Berichte Sr. Durchlaucht dem Fürsten
Reichsminister vorzulegen, theils an solche, von denen er habe anneh-
men müssen, daß dieselben die Berichte auch ohne besondere Autori-
sation an die obengedachte Adresse bestellern würden. Einmal habe der
Angeklagte ihn direkt befragt, ob er einen solchen Bericht erstattet habe,
er habe dies eingeräumt und sich erboten, seine Vernehmung nachzuforschen.
Dies habe der Angeklagte nicht für erforderlich erachtet. Er, Beuge, sei
dann, wie angegeben, in der Berichterstattung fortgefahren.

Genehmigen Sie, geehrter Herr Redakteur, den erneuten Ausdruck
meiner Hochachtung.

Posen, 29. Dezember 1874.

Notar, Reichsminister.

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 29. Dezbr., Nachmittags. (Getreidemarkt.) Spiritus
pr. 100 Liter 100 pSt. pr. Dezember 1874. pr. April-Mai 56 Mt. —
Pfl. Weizen pr. April-Mai 185 Mt. Roggen pr. Dezember 50½, pr.
April-Mai 148 Mt. Rüböl pr. Dezbr. 17½, pr. April-Mai 56
Mt., pr. Juni-Juli 56 Mt. Zink fest. Wetter: —.

Bremen, 29. Dezember. Petroleum (Schlußbericht). Stan-
dard white loco 11 Mt. 70 Pf. a — Mt. — Pf. Steigend.

Hamburg, 29. Dezember. Getreidemarkt. Weizen loco ruh.,
auf Termine fest. Roggen loco flau auf Termine ruhig. Weizen
126-pfd. pr. Dez. 1000 Kilo netto 189 B., 187 G., pr. Dezember-Januar
1000 Kilo netto 189 B., 187 G., pr. Jan.-Febr. 1000 Kilo netto
130 B., 189 G., April-Mai 1000 Kilo netto 192½ B., 191½ G. —
Roggen pr. Dezember 1000 Kilo netto 160 B., 158 G., pr. De-
zember-Januar 1000 Kilo netto 160 B., 158 G., pr. Jan.-Febr.
1000 Kilo netto 160 B., 158 G., April-Mai 1000 Kilo netto 153½
B., 152½ G. Hafer loco. Gerste flill. Rüböl matt, loco und
pr. Dezember 55, pr. Mai pr. 200 Pfd. 56½. Spiritus flill., pr.
Dezbr. 43½, pr. März 45, pr. April-Mai 45½, pr. Juni pr. 100 L.
100 pSt. 46. Kaffee besser, Umlag 3000 Sack. Petroleum
fest, Standard white loco 11, 30 B., 11, 20 G., pr. Dezember
11, 20 G., pr. Januar-März 11, 10 G., pr. Aug.-Dezember 12, 40
Bettler: Frost.

Köln, 29. Dezember, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Wetter
Frost. Weizen besser, hefiger loco 7, —, fremder loco 6, 22½,
pr. März 19 Mt. 90 Pf., pr. Mai 19 Mt. 65 Pf. Roggen besser,
hefiger loco 6, 7½, pr. März 15 Mt. 65 Pf., pr. Mai 15 Mt.
30 Pf. Hafer beh., loco 6, 22½, pr. März 18 Mt. 45 Pf., pr. Mai
18 Mt. 25 Pf. Rüböl fest, loco 5½, pr. Mai 30 Mt. 90 Pf.

Amsterdam, 28. Dezbr., Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht).
Weizen loco geschäftslos, pr. März 275, pr. Mai 276. Roggen
loco unverändert, pr. März 190½, pr. Mai —. Kaps pr. Frühjahrs-
— pr. Herbst — fl. Rüböl loco —, pr. Frühjahrs —, pr.
Herbst —. Wetter: —.

Liverpool, 2. Dezember, Nachmittags. Baumwolle (Schluß-
bericht): Muthm. Umlag 12,000 B., davon für Spekulation und
Export 2000 Ballen. Fest Verschiffungen eröffneten framm, jetzt an-
geboten zu gestrigen Preisen.

Middl. Orleans 7½, middling amerikan 7½, fair Dhollerah
4½, middl. fair Dhollerah 4½, good middling Dhollerah 4, middl.
Dhollerah 3½, fair Benga 4, fair Broad 5, new fair Domra
5, good fair Domra 5½, fair Madras 4½, fair Pernam 7½, fair
Smyna 6½, fair Egyptian 8½.

Glasgow, 29. Dezember. Rohseisen. Mixed numbers warrant
77 Sh. — 6 d.

Paris, 29. Dezember, Nachmittags. (Produktenmarkt.) (Schlußber.)
Weizen ruhig, pr. Dezbr. 25, 75, pr. Januar-Febr. 25, 75, pr. Januar-
April 25, 75, März-Juni 26, 00. Wehl fest, pr. Dezember 54, 25,
Jan.-Febr. 54, 25, pr. Januar-April 54, 25, pr. März-Juni 54, 25.
Rüböl flill., pr. Dez. 75, 25, pr. Jan. 75, 50, Jan.-April 76, 25,
pr. Mai-August 78, 00. Spiritus ruhig, pr. Dezember 53, 75, Mai-
August 56, 25. — Wetter: —.

Manchester, 29. Dezember, Nachmittags. 12r Water Armitage
7½, 12r Water Taylor 7½, 20r Water Micholls 10½, 30r Water
Gidlow 11½, 30r Water Clayton 13½, 40r Mule Manoll 11½, 40r
Medio Wilkinson 13½, 36r Warpcops Qualität Rowland 12½, 40r
Double Weston 13½, 60r Double Weston 15½, Printers 1½, 1½,
8½-pfd. 117. Mäßiges Geschäft zu vollen Preisen.

